

INHALT

1. Mehr Zusammenarbeit mit Hamburg durch Grundlagenstaatsvertrag
2. Städte sollen stärker in CDU-Fraktionsarbeit eingebunden werden
3. SPD, Grüne, SSW ziehen Teile der Bildungsgesetzgebung vor
4. CDU will Klarheit über Stelleneinsparungen in Polizei, Justiz und Finanzverwaltung
5. Verkehrspolitik sorgt für Streit in der Dänen-Ampel
6. Unruhe in Bauwirtschaft wegen Tariftreue- und Vergabegesetz
7. Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen
8. Große Potentiale für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in der Veredelungswirtschaft
9. CDU-Fraktion zu Gast bei Arbeitsagentur

14.09.2012

Mehr Zusammenarbeit mit Hamburg durch Grundlagenstaatsvertrag CDU-Fraktionen in Hamburg und Schleswig-Holstein machen gemeinsam Druck

Die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist mittlerweile weit von dem entfernt, was Peter Harry Carstensen und Ole von Beust einmal erreicht hatten. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg und die CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein wollen nun ein neues Kapitel in der norddeutschen Zusammenarbeit der beiden Länder aufschlagen. Kernstück ist die Aufforderung an Landesregierung und Senat, unter aktiver Beteiligung der Parlamente einen neuen Grundlagenstaatsvertrag zur länderübergreifenden Zusammenarbeit auszuhandeln. Von der Dänen-Ampel sei in diesem Bereich keine Initiative zu erwarten, deshalb habe er sich mit seinem Hamburger Kollegen auf eine CDU-Initiative verständigt, betonte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen am Donnerstag dieser Woche.

„Während die Grünen ihre Basis jetzt über den Nordstaat abstimmen lassen, scheut der SSW nichts mehr als eine engere Anbindung an Hamburg. Und Ministerpräsident Albig lächelt neben seinem Kollegen Olaf Scholz nur dazu, dass Hamburg versucht, die Husumer Windmesse abzuwerben. So wird in dieser Legislaturperiode keine vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Nutzen beider Länder möglich sein“, erklärte Callsen in Kiel.

Es gehe darum, aus der Enquête-Kommission der vergangenen Legislaturperiode die richtigen Schlüsse zu ziehen und das Notwendige und zugleich zum jetzigen Zeitpunkt Mögliche zu tun.

Mit dem Vertrag solle unter anderem geregelt werden, dass Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Interessen gegenüber dem Bund, anderen Ländern und auch privaten Investoren künftig, wo immer möglich, koordiniert vertreten. Dies gelte insbesondere für die Infrastrukturplanung – so beispielsweise in den Bereichen des Straßen- und Stromleitungsbaus, der Luftfahrt und der Wasserwege - aber auch für die Wirtschaftsförderung.

Gerade in der Wirtschaftsförderung sollten Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Stärken bündeln – beispielsweise in der Logistik und der maritimen Wirtschaft, der Gesundheits- und Ernährungswirtschaft und anderen Zukunftsfeldern – statt gegeneinander zu arbeiten.

Callsen nannte aus den letzten Monaten eines der plakative Beispiele, die mit einem Grundlagenstaatsvertrag künftig ausgeschlossen werden könnten:

„Der derzeitige Abwerbeversuch der staatlich kontrollierten Hamburger Messegesellschaft gegen die Husumer Windmesse wäre mit solch einem Vertrag nicht mehr möglich“, stellte Callsen heraus.

Der CDU-Fraktionschef betonte, es solle bei Weitem nicht jeder Einzelfall geregelt, sondern lediglich Rahmenbedingungen für eine verstärkte Regierungs- und Ministerialkoordinierung gesetzt werden.

Link zur Pressemitteilung der Hamburger CDU-Fraktion:

<http://www.cdu-hamburg.de/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/mehr-gemeinsamkeit-im-norden-durch-einen-grundlagenstaatsvertrag.html>

Link zum Antrag in Hamburg:

http://www.cdu-hamburg.de/fileadmin/content/pdf/SKA/AN_Kooperation_Schleswig-Holstein.pdf

Link zur Pressemitteilung der Schleswig-Holsteinischen CDU-Fraktion:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2012-09-13_Johannes_Callsen_3082.html

Link zum Antrag in Schleswig-Holstein:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0178.pdf>



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Städte sollen stärker in CDU-Fraktionsarbeit eingebunden werden

Viel Zuspruch zum 1. Parlamentarischen Städtegespräch

Zum Dienstag, 11. September 2012, dieser Woche hatte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen CDU-Vertreter der kreisfreien Städte zum 1. Parlamentarischen Städtegespräch in dieser Wahlperiode in das Landeshaus in Kiel eingeladen. Vertreter aus Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster nahmen teil.

Callsen betonte, es sei ihm wichtig, dass die Anliegen der Städte in die Arbeit der Fraktion eingebunden werden. Diese sind leider nicht mehr durch eigene CDU-Abgeordnete im Landtag vertreten. Deshalb habe die Fraktion Abgeordnete benannt, die gezielt Ansprechpartner jeweiliger Städte sind und diese betreuen.

Über die Internetseite der CDU-Fraktion (Link siehe unten) können diese die Städte betreuenden Abgeordneten bei Bedarf unkompliziert heraus gefunden und direkt kontaktiert werden.

Callsen betonte das Ziel, den Austausch von Informationen noch besser zu organisieren und enger zu takten. Dazu gehöre auch das Angebot der Teilnahme fachlich zuständiger Landtagsabgeordneter bei den Fraktionssitzungen in den Städten zu bestimmten Themen. Das Städtegespräch soll zukünftig regelmäßig stattfinden, um gemeinsam Themen auszutauschen und zu vertiefen.

Der ebenfalls anwesende CDU-Landesvorsitzende Jost de Jager machte deutlich, dass die CDU künftig stärker Themen aufgreifen werde, welche vor allem die Menschen in den Städten berühren. Dies könne im Einzelfall auch zum Überdenken bisheriger Positionen der Landespartei führen.

Die Vertreter der kreisfreien Städte begrüßten die Vorschläge und kündigten an sich zukünftig intensiv in den Dialog einbringen zu wollen. Aus dem Gespräch ergaben sich eine Reihe von Themen, die für die Städte von besonderem Interesse sind. Hierzu gehören insbesondere deren Haushaltssituation in Verbindung mit dem Konsolidierungsgesetz für die Kommunen, Kitas und Bildungssituation, Kulturpolitik, Politik für Menschen mit Migrationshintergrund, Innere Sicherheit, Drogenpolitik, Wirtschaftsförderung sowie der demographischer Wandel.

Alle Teilnehmer waren sich am Ende einig, dass dieses Gespräch ein guter Auftakt war, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und die Themen konkret anzupacken.

Die betreuenden Abgeordneten können Sie unter folgendem Link einsehen:

http://www.cdu.ltsh.de/content/fraktion/im_land/index.html#

SPD, Grüne, SSW ziehen Teile der Bildungsgesetzgebung vor

Schulen werden Entscheidungsmöglichkeiten genommen

Auf der Bildungskonferenz am vergangenen Wochenende hatte Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende eine Verschiebung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Schulgesetzgebung um ein Jahr verkündet. Die Koalition habe den Zeitplan verschoben, weil sie den Dialog ernst nehme und Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe.

Am Donnerstag brachten SPD, Grüne und SSW jedoch einen Gesetzentwurf für die kommende Landtagssitzung ein, mit dem wesentliche Punkte der Schulgesetzgebung doch bereits zum kommenden Schuljahr in Kraft treten sollen.

So wird den Gemeinschaftsschulen untersagt, abschlussbezogene Klassen einzurichten. G-8 Gymnasien dürfen zukünftig keinen G-9 Bildungsgang mehr einrichten. G-9 Gymnasien wird untersagt, einen zusätzlichen G-8 Bildungsgang einzurichten.

Nach der Ankündigung der Bildungsministerin vom Wochenende kam diese Gesetzesinitiative völlig überraschend. Denn selbst Ministerpräsident Torsten Albig hatte in seiner Regierungserklärung vom 13. Juni 2012 unter anderem diese Punkte explizit als „klare Vorschläge“ bezeichnet, mit denen seine Regierung in die Bildungskonferenz gehe.

„Weshalb zieht die Dänen-Ampel ausgerechnet diese drei Punkte vor die Klammer, lässt wesentlich dringlichere Fragen aber unbeantwortet?“ fragte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen in einer Presseerklärung. Offensichtlich habe Ministerin Professor Dr. Waltraud Wende SPD, Grüne und SSW nur teilweise davon überzeugen können, gründlich zu diskutieren und erst zum Schuljahr 2014/15 ein Schulgesetz zu verabschieden. Die Koalitionäre seien sich entgegen anderslautender Erklärungen erkennbar nicht sicher, die Beteiligten im Rahmen ihrer Konferenz von ihren bildungspolitischen Vorstellungen überzeugen zu können.

Nach Ansicht der CDU-Abgeordneten wäre es jetzt viel notwendiger, durch den Koalitionsvertrag aufgeworfene drängende Fragen an den Schulen zu klären. Die größte Unruhe bestehe derzeit an den Regionalschulen. Diese wüssten nicht, wie ihre Rahmenbedingungen im kommenden Jahr aussehen. Diejenigen Schulstandorte, deren Mindestschülerzahl heute für Gemeinschaftsschulen nicht ausreiche, machten sich darüber hinaus Sorgen um ihren Bestand.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0200.pdf>



Heike Franzen, MdL

CDU will Klarheit über Stelleneinsparungen in Polizei, Justiz und Finanzverwaltung Haushaltseckwerte geben Anlass zu Nachfragen

In ihren Haushaltseckwerten hatte die neue Landesregierung in der vergangenen Woche in den Bereichen Justiz, Inneres und Finanzen zusätzliche Stelleneinsparungen angekündigt. Allerdings wurde nicht deutlich, wo diese Einsparungen erfolgen sollen. Innenminister Breitner hatte hingegen in der vergangenen Woche Stelleneinsparungen im operativen Polizeidienst noch einmal ausgeschlossen.

Grund genug für die CDU-Fraktion, in dieser Woche nachzufragen, wo die von der Koalition als „solidarischer Stellenabbau in den Ministerien“ bezeichneten Kürzungen stattfinden sollen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, fragt die Landesregierung daher, welche Auswirkungen die vom Kabinett beschlossenen zusätzlichen Abbauanforderungen im Personalbereich auf den operativen Polizeidienst, auf Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsdienst sowie auf die Steuerverwaltung in Schleswig-Holstein haben werden.

Link zu den Haushaltseckwerten, s. Tabelle auf der letzten Seite:

http://schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/Presse/PI/PDF/2012_neu/120904_eckwerte_blo b=publicationFile.pdf

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0204.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

Verkehrspolitik sorgt für Streit in der Dänen-Ampel Grüne stellen sich quer

Nachdem Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) in dieser Woche bei einem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) versucht hatte, insbesondere die Projekte „A-20“ und Fehmarnbelt-Querung voran zu treiben, stellten sich die Grünen nun quer. Meyer hatte in Berlin im Rahmen eines Gesprächs über die Möglichkeit der Realisierung der festen Elbquerung bei Glücksstadt zugesagt, die A-20 auf jeden Fall bis zur Elbe durchzuplanen. Dies ist notwendig, damit rechtzeitig eine Ausschreibung für private Investoren erfolgen kann. CDU-Landeschef Jost de Jager sagte dazu in einer gemeinsamen Presseerklärung mit Hans-Jörn Arp, Ramsauer habe gezeigt, dass eine Realisierung der westlichen Elbquerung in Form eines Mautmodells möglich sei und biete sogar eine Sonderfinanzierung an. „Jetzt ist die schleswig-holsteinische Landesregierung am Zug“, so de Jager. Denn die Planfeststellung fehle noch. „Die Landesregierung muss jetzt ohne Verzögerung die Planfeststellung durchführen“, forderte de Jager weiter. Damit könne die Landesregierung zeigen, ob sie tatsächlich voll hinter der A20 stehe, oder ob sie es nur bei leeren Worten belassen wolle.

Im Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel hatten die Grünen durchgesetzt, dass die A-20 bis 2017 nicht weiter als bis zur A-7 gebaut werden soll. Verkehrsexperte Andreas Tietze beließ es allerdings dabei, das Mautmodell von Bundesverkehrsminister Ramsauer anzugreifen. Eine Finanzierung des Elbtunnels sei unrealistisch, das Projekt werde im Elbeschlick stecken bleiben. Ramsauer wisse ganz genau, dass deutsche AutofahrerInnen Tunnelstrecken mit Maut meiden.

Die Beispiele Herrrentunnel und Warnowtunnel ließen grüßen. CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp konterte umgehend: „In Lübeck und Rostock gibt es schnell erreichbare Alternativübergänge für Autofahrer. Bei Glückstadt führt der nächste erreichbare feste Übergang durchs Wattenmeer - und auch das nur bei Ebbe“.

Als am Dienstag auch noch bekannt wurde, dass Meyer den Bau einer neuen Fehmarnsund-Querung im nächsten Bundesverkehrswegeplan (ab 2015) verankern will, meldete sich dann sofort die Grüne Landesvorsitzende Ruth Kastner zu Wort: „Bevor sich Verkehrsminister Reinhard Meyer öffentlich mit einem klaren Bekenntnis zum Bau der Fehmarnbelt-Querung und einer neuen Sundquerung zitieren lässt, erwarten wir Grünen in Schleswig-Holstein, dass der Minister zunächst seinen Arbeitsauftrag erfüllt, und der Bundesregierung einen Brief schreibt – wie im Koalitionsvertrag vereinbart“, erklärte sie in einer Pressemitteilung. Die Dänen-Ampel hatte sich darauf verständigt, den Bund zu einer Überprüfung der Kostenschätzung und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Fehmarnbelt-Querung aufzufordern und gegebenenfalls mit Dänemark über einen Ausstieg aus dem Projekt zu verhandeln. Für Meyer gelte „Bis hierhin und nicht weiter.“ „Damit muss Schluss sein“, sagte die Grüne Landesvorsitzende den Kieler Nachrichten.

Interessant war, dass die SPD-Fraktion ihren Wirtschaftsminister nicht in Form einer Pressemitteilung gegen diesen scharfen Angriff verteidigte. Laut einem Bericht der Lübecker Nachrichten war auch die SPD in Ostholstein von der Initiative „ihres“ Ministers wenig begeistert.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp dagegen begrüßte den Vorstoß des SPD-Verkehrsministers und sicherte ihm in diesem Punkt die volle Unterstützung der CDU-Fraktion zu. Denn selbstverständlich sei die Erweiterung der Fehmarnsundquerung an den Bau der Fehmarnbeltquerung gekoppelt. Die unnötige und teure erneute Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses habe Meyer mit seiner klaren Aussage „abgeräumt“, so Arp.



Hans-Jörn Arp, MdL

Unruhe in Bauwirtschaft wegen Tariftreue- und Vergabegesetz CDU-Fraktion auf der Nordbau

Bei einem Rundgang über die Messe NordBau hat sich der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft in Neumünster einen Überblick über die eindrucksvolle Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der norddeutschen Unternehmen in der Bauwirtschaft verschafft.

Als immer wichtigerer Trend wurde das emissionsarme Bauen identifiziert. Die Abgeordneten informierten sich beim Sentinel Haus Institut über die neusten Techniken und Trends. „Saubere Luft ist eine Grundvoraussetzung für das Leben. Da sich die meisten Menschen bis zu 90 Prozent der Zeit in Innenräumen aufhalten, ist eine gute Raumluftqualität für die Gesundheit besonders wichtig. Es ist beeindruckend zu sehen, was sich hier in den letzten Jahren getan hat“, sagte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Nach Besuchen der Firmen Ruser aus Bornhöved und Arp aus Wattenbek, die dem Arbeitskreis Einblicke in das energieeffiziente Bauen mit Holz gegeben haben, fand ein abschließendes Gespräch mit dem Baugewerbeverband über die Zukunftsaussichten des Baugewerbes in Schleswig-Holstein statt.

„Mit großer Sorge sieht man in der Bauwirtschaft die Aktivitäten der neuen Landesregierung für ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz“, so Callsen. Insbesondere beunruhigten die hohen bürokratischen Hürden die Branche.

Im vergangenen Jahr hat die CDU das Vergabegesetz in das Mittelstandsförderungsgesetz integriert, um für Bürokratieabbau zu sorgen. Dies habe auch der Bauwirtschaft Planungssicherheit ermöglicht. Der heutige hohe Beschäftigungsstand sei auch darin begründet, betonte der Fraktionsvorsitzende. Es sei bezeichnend, dass die Dänen-Ampel ausgerechnet in der Woche der NordBau diesen Gesetzentwurf einbringe.

Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen CDU-Antrag fordert Abkehr vom Koalitionsvertrag



Volker Dornquast, MdL

Nachdem sich teile der SPD in der vergangenen Woche deutlich gegen die im Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel vereinbarte Anhebung der Eigenbedarfsgrenze für Cannabis ausgesprochen haben, hat die CDU-Fraktion in dieser Woche einen Antrag für die kommende Landtagssitzung

eingbracht.

„Wir wollen die Landesregierung auffordern, an einer konsequenten Anti-Drogenpolitik festzuhalten“, so Dornquast.

Neben dem Verzicht auf die Anhebung der Eigenbedarfsgrenze sieht der Antrag vor, die Kommunen in ihren Bemühungen gegen Drogenmissbrauch weiterhin zu unterstützen und Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention fortzuführen.

Hier der Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0179.pdf>

Große Potentiale für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in der Veredelungswirtschaft CDU-Abgeordnete auf agrarpolitischer Sprechertagung

In dieser Woche (10./11. September) trafen sich die agrarpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen aus 10 Bundesländern zu ihrer Herbsttagung. Als länderübergreifend dominierende Themen stellten sich die Themen Flächenverbrauch, Privilegierung des Baurechts, Novellierung des EEG, Verbandsklage Tierschutz, Tierhaltung und das Greening im Rahmen der EU-Agrarpolitik heraus. Gemeinsame Zielvorstellung der CDU-Landwirtschaftsexperten war, dass für Deutschland eine wettbewerbsfähige und leistungsstarke Landwirtschaft auch für die Entwicklung des ländlichen Raumes von zentraler Bedeutung ist.

Gemeinsam mit Bundesagrarministerin Ilse Aigner, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und weiteren Experten wurden die Themen ausführlich beraten und abgestimmt.

Tags darauf wurde in Harsewinkel in Nordrhein-Westfalen eine der modernsten Produktionsstätten von Mähreschern und Feldhäckslern weltweit besichtigt. Der Landmaschinenhersteller Claas gehört mit einem Umsatz von 3,4 Mrd. € zu den größten weltweit. Er exportiert bis nach Argentinien, in die USA, Russland und nach Indien. Im Anschluss stand ein Informationsbesuch im Tönnies-Fleischwerk in Rheda-Wiedenbrück auf der Tagesordnung. Mit der Firmenleitung wurden unter anderem über Tierschutz und die Welternährungssituation diskutiert. In dem Werk verarbeiten 7.000 Mitarbeiter pro Tag etwa 24.000 Schweine und 1.000 Rinder. „Besonders beeindruckt hat mich, dass trotz dieser enormen Zahl die Massentierhaltung für den Betrieb kein Thema ist, da die Tiere aus kleinen und mittelständischen regionalen Betrieben kommen“, erklärte der schleswig-holsteinische CDU-Agrarexperte Heiner Rickers.

Gesprächsoffen zeigte sich der Konzern bei möglicherweise tierschutzgerechteren Tötungsmethoden. Für die Zukunft sei man zuversichtlich, dass Helium absolut stressfrei betäube. Mit ersten Ergebnissen zu einem möglichen Einfluss auf die Fleischqualität rechne man noch in diesem Jahr.

Den Abschluss bildete ein Besuch der AGRAVIS Raiffeisen AG in Münster. Zusammen mit der Leitung diskutierten die Abgeordneten über Potentiale im Agrarsektor. Das genossenschaftlich organisierte Unternehmen mit 5300 Mitarbeitern - davon 560 Auszubildende - versteht sich als Bindeglied zwischen Industrie, Landwirtschaft und Erst- bzw. Weiterverarbeitung.

Die drei besuchten Unternehmen haben im vergangenen Jahr zusammen über 14 Milliarden Euro umgesetzt – auch über Filialen im Ausland. Im Vergleich dazu erreichte der

Produktionswert der gesamten Landwirtschaft Schleswig-Holsteins in 2010 weniger als ein Viertel. Rickers: „Das zeigt, wie viel Potential unsere Landwirtschaft im Bezug auf die Entwicklung neuer Potentiale der Veredlungswirtschaft hat. Diese Potentiale wollen wir für unsere Land-wirtschaft nutzen.“



Heike Franzen, MdL

CDU-Fraktion zu Gast bei Arbeitsagentur Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft im Gespräch mit neuer Vorsitzenden der Regionaldirektion Nord

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere von über 55-jährigen, die Heranführung junger Menschen an den Arbeitsmarkt und die mangelhafte Ausstattung der Pflegeberufe, waren die wichtigsten Themen beim ersten Gespräch des CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen und der Abgeordneten des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft mit der neuen Vorsitzenden der Regionaldirektion Nord der Arbeitsagentur, Margit Haupt-Koopmann.

Diese Aufgaben müssten zahlreiche Akteure mit ihrer spezifischen Verantwortung wahrnehmen, war das gemeinsame Fazit. Dazu gehörten neben der Arbeitsagentur mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die Politik.

„Wir müssen gerade kleinere Betriebe davon überzeugen, dass ältere Menschen nicht teurer sind und keine höheren Ausfallzeiten haben als Jüngere. Gerade die Älteren können mit ihrem Know-How und ihren langjährigen Erfahrungen als Fachkräfte in Kombination mit jüngeren Arbeitnehmern wichtige neue Impulse für Unternehmen geben“, sagte Callsen.

Die Bundesagentur werde in den nächsten Jahren angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels in vielen Branchen neue Wege gehen müssen. Dazu gehörten insbesondere auch der erhöhte Bedarf an Pflegekräften und der hochdynamische Bereich der Energiewende mit ihren spezifischen Ausbildungsanforderungen.

Callsen sicherte der Arbeitsagentur die politische Unterstützung der CDU-Fraktion zu. „Unser Ziel ist es, allen Menschen Zugang zu ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen, dafür kämpfen wir mit der Bundesagentur zusammen“.

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de